



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Ausserordentliche Session Mai 2020 • Vierte Sitzung • 06.05.20 • 08h30 • 20.3142  
Conseil des Etats • Session extraordinaire mai 2020 • Quatrième séance • 06.05.20 • 08h30 • 20.3142



20.3142

### Motion WAK-N.

**Miete im Gastgewerbe.**

**Die Mieter sollen nur 30 Prozent  
der Miete schulden**

### Motion CER-N.

**Loyers dans la restauration.**

**Pour que les locataires  
ne doivent que 30 pour cent  
de leur loyer**

*Ordnungsantrag – Motion d'ordre*

#### CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.05.20

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.05.20 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.20 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 06.05.20

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.05.20 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)

*Ordnungsantrag Sommaruga Carlo*

Zuweisung der Motion 20.3142 an die zuständige Kommission zur Vorprüfung.

*Motion d'ordre Sommaruga Carlo*

Transmettre la motion 20.3142 à la commission compétente pour examen préalable.

**Sommaruga Carlo** (S, GE): Je vous propose de renvoyer l'objet en commission. Voici brièvement pourquoi. Un travail très important a été fait par la commission de notre conseil pour essayer de trouver une solution définitive en matière de loyers commerciaux, une solution concrète qui puisse réunir une majorité ici, au Conseil des Etats, et au Conseil national, étant entendu qu'il y a une majorité ici, au Conseil des Etats, et au Conseil national pour trouver une solution. Et il ne faudrait pas qu'une solution qui serait adoptée en dernier lieu ici ne trouve pas de majorité au Conseil national. Il y a donc encore la possibilité de travailler sur ce texte aujourd'hui, puisque nous nous retrouvons encore une fois en plénière ce soir à 17 heures.

La proposition que je vous fais, chers collègues – et je m'adresse surtout à ceux qui ont beaucoup oeuvré au sein de la commission pour trouver une solution de compromis, et que je salue, parce qu'un travail très riche a été fourni –, c'est de limiter cet exercice à 8000 francs de loyer par mois, et de ne pas aller au-delà. Pourquoi? Tout simplement parce que ce qui va au-delà ne correspond pas à l'esprit de la motion originale du Conseil des Etats, ni à l'esprit de la motion de la commission du Conseil national.

Je pense que nous pourrions trouver une solution et nous pourrons être fiers de cette solution que nous voterons à 17 heures et qui sera aussi votée au Conseil national. Et je m'engage personnellement à convaincre une majorité au Conseil national, au travers des contacts que j'ai pris avant cette session, pour que ce sujet soit traité.

Je vous remercie de bien vouloir soutenir ma proposition.

**Levrat Christian** (S, FR), für die Kommission: Ich muss gestehen, dass ich von diesem Ordnungsantrag nicht begeistert bin. Wir haben uns schon intensiv bemüht, eine Lösung zu diesen Fragen rund um die Mieten zu finden.

Kollege Sommaruga, ich bin nicht sicher, ob wir eine "solution définitive" finden werden. Ich glaube aber, dass es, wenn die Räte bei einer so wichtigen Frage Schwierigkeiten haben, eine gemeinsame Lösung zu finden, wahrscheinlich sinnvoll ist, nochmals eine Runde zu drehen und uns nochmals darüber zu unterhalten, ob eine



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Ausserordentliche Session Mai 2020 • Vierte Sitzung • 06.05.20 • 08h30 • 20.3142  
Conseil des Etats • Session extraordinaire mai 2020 • Quatrième séance • 06.05.20 • 08h30 • 20.3142



Lösung denkbar ist. Ich habe Ihren Ordnungsantrag so aufgefasst, dass die Kommission einzig überprüfen soll, ob die Grenze von 15 000 auf 8000 Franken heruntergeschraubt werden soll. Darüber hinaus plant die Kommission nicht, ihren Entscheid zu ändern. Sie will nicht nochmals stundenlang über diese Frage beraten. Wir haben heute Morgen einige Gespräche geführt. Ich kann nicht im Namen einer Mehrheit der Kommission sprechen, habe aber den Eindruck, dass es einen breiten Wunsch gibt, das nochmals anzuschauen. Ich opponiere meinerseits nicht gegen diesen Ordnungsantrag.

**Germann** Hannes (V, SH): Ich staune jetzt einigermassen über diesen Ordnungsantrag. Wenn Sie von einer Zuweisung an die Kommission sprechen, dann tönt das schon etwas seltsam. Wir haben gestern Nachmittag eine Sitzung gehabt, die ungefähr von 15.15 Uhr bis um 18 Uhr oder sogar noch länger dauerte. Man kann also nicht sagen, man habe nicht versucht, hier eine Lösung zu finden. X Varianten sind durchgespielt worden, und es ist jetzt einfach die Frage, ob es systemgerecht ist, das bereits wieder zurückzuweisen. Immerhin haben Sie beim finanziellen Teil heute Morgen die 20 000 Franken erreicht, die als Härtefallfonds eigentlich Bestandteil dieses Antrages wären. Die Hälfte des Mehrheitsantrages ist also schon durchgekommen.

Dann ging es noch um die Limite. Natürlich wäre mir die tiefere Limite auch lieber. Diese hätte ich gestern schon gewählt, wenn ich das hätte tun können. Aber dafür jetzt extra eine Schlaufe zu machen – das wäre wohl eher Sache einer Einigungskonferenz. Wir haben ja keine Garantie, dass der Nationalrat dann auf dieses System umschwenkt. Der Nationalrat war eben für ein einfacheres System, das man mit Eckwerten versehen könnte, auch mit einem Deckel. Dann wäre es deutlich einfacher und erst noch gerechter, indem nämlich alle Mieten dann bis zu einem gewissen Level gleich behandelt würden. Dieses Manko, Herr Antragsteller, wird mit der Reduktion des Betrages von 15 000 auf maximal 8000 Franken pro Monat eben nicht beseitigt. Das sind ja immer noch 100 000 Franken Miete, die man auch erst einmal muss bezahlen können.

Ich weiss nicht, ob man den Antrag so stellen darf, dass nur etwas geändert wird. Wenn ich in eine Kommissionssitzung komme und nur das Recht habe, von 15 000 auf 8000 zu reduzieren, dann verweigere ich diese Sitzung. Wir sollten dann schon das Recht haben, dort auch gescheiter zu werden.

In diesem Sinne könnte ich auch damit leben, dass der Antrag abgelehnt wird. Ich stelle diesen Antrag hiermit, dann können Sie entscheiden.

AB 2020 S 268 / BO 2020 E 268

**Präsident** (Stöckli Hans, Präsident): Herr Germann beantragt, den Ordnungsantrag Sommaruga Carlo abzulehnen.

**Fässler** Daniel (M-CEB, AI): Der Ordnungsantrag ist auf den ersten Blick verlockend. Wir müssen noch nicht entscheiden; es geht nochmals an die Kommission zurück. Ich bin nicht Mitglied dieser Kommission, aber ich habe erfahren, dass sich die Kommission bereits während Stunden mit dieser Frage befasst hat. Als Präsident des Verbandes Immobilien Schweiz könnte ich für den Ordnungsantrag von Ständerat Sommaruga dankbar sein. Wenn sein Vorschlag, der hinter diesem Ordnungsantrag steckt, letztlich das Ergebnis darstellen würde, dann würde das weitgehend den Vorstellungen dieses Verbandes entsprechen.

Mir ist eines wichtig: Wir schaffen mit dem Ideenbasar von Verbänden, von einzelnen Wirtschaftsakteuren und auch mit dem Ideenbasar in diesem Haus eine sehr grosse Rechtsunsicherheit bei allen Wirtschaftsakteuren. Mieter, die eigentlich gerne mit ihrem Vermieter eine Lösung finden und abschliessen würden, warten zu, bis sie ein klares Signal aus Bundesbern erhalten. Vermieter, die ebenfalls sehr gerne dieses Thema mit ihren Mietern abschliessen würden, warten auch auf ein Signal, weil sie nicht wissen, was ihnen das Parlament am Schluss allenfalls noch aufdrängt.

Entscheidend ist für mich bei diesem Thema, dass es uns gelingt, Rechtssicherheit zu schaffen. Alles andere ist das grösste Gift. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Wenn wir am Schluss sagen, das Parlament mische sich nicht ein und überlasse das Ganze den Mietparteien, schaffen wir Klarheit. Wenn wir eine Lösung verabschieden, sei diese nun im Sinne der Mehrheit der Kommission für Wirtschaft und Abgaben, so wie die Lösung, die uns heute vorgelegt wurde, oder sei es dann letztlich noch eine andere Lösung, dann schafft dies auch Rechtssicherheit. Das grösste Gift wäre es aber, wenn wir es in dieser ausserordentlichen Session nicht hinbekommen, Klarheit zu schaffen in der Frage, ob es eine Einmischung des Staates gibt oder nicht und wie diese allenfalls aussieht. Ich habe einfach Zweifel, ob wir am Schluss eine Lösung haben, wenn wir die Motion jetzt in die Kommission zurückgeben.

Der Vorschlag, allen Mietern, die bis 15 000 Franken Miete zahlen, einen Erlass von 5000 Franken zu gewähren, scheint mir weit zu gehen, ist aber immerhin logisch. Wenn dieser vom Nationalrat nicht akzeptiert wird, kann ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen, dass ein weniger weit gehender Vorschlag, wie er uns nun



## AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • Ausserordentliche Session Mai 2020 • Vierte Sitzung • 06.05.20 • 08h30 • 20.3142  
Conseil des Etats • Session extraordinaire mai 2020 • Quatrième séance • 06.05.20 • 08h30 • 20.3142



von Kollege Sommaruga unterbreitet wird, akzeptiert würde. Demnach würden nur Mieten bis 8000 Franken erfasst. Damit wird einfach etwas passieren: Alle Mietverhältnisse mit Mieten zwischen 8000 und 15 000 Franken werden auf den Rechtsweg verwiesen, was die Prozesslawine vergrössern wird. Aus diesem Grund habe ich, obwohl ich inhaltlich mit dem Vorschlag von Ständerat Sommaruga einverstanden wäre, grösste Mühe, seinem Ordnungsantrag zuzustimmen. Ich fürchte nämlich, dass wir die Rechtsunsicherheit noch vergrössern würden.

**Präsident** (Stöckli Hans, Präsident): Das Wort hat Herr Levrat. Er wird wahrscheinlich die Diskussionsbreite definieren. (*Heiterkeit*)

**Levrat** Christian (S, FR), für die Kommission: Nein, nein, ich werde beim Ordnungsantrag bleiben. Ich muss aber das weitere Vorgehen präzisieren. Ich war vorhin vielleicht etwas schnell. Zuerst vielleicht einmal doch inhaltlich ein Wort zu Kollege Fässler: Die Ausgangslage ist so, dass die beiden Räte den Handlungsbedarf anerkannt haben. Es wäre für das Parlament eine seltene Blamage, wenn es uns nicht gelänge, aus einer gleichlautenden Feststellung einen Entscheid zu einer Motion zu fassen, die dem Bundesrat lediglich einen Auftrag gibt. Es wäre eine seltene Blamage, wenn wir eine ausserordentliche Session einberufen, um genau diese Fragen zu behandeln, und es nicht schaffen, das während dieser ausserordentlichen Session bis zum Schluss zu besprechen.

Deswegen wäre folgendes Vorgehen angedacht: Falls Sie jetzt diesem Rückweisungsantrag zustimmen, würde sich Ihre Kommission für Wirtschaft und Abgaben heute Nachmittag um 14 Uhr treffen. Wir würden dann über das Ergebnis dieses Treffens um 15 Uhr, wenn ich es richtig verstanden habe, im Rat entscheiden können. Das wäre das Vorgehen, um zu sichern, dass es zu dieser Frage relativ rasch ein klares Zeichen aus Bern gibt. Ich teile die Einschätzung, dass wir Rechtssicherheit brauchen. Irgendwann muss das Parlament einen Entscheid dazu fällen. Das wäre der Weg, den wir vorschlagen.

Persönlich muss ich Ihnen sagen: Ich habe langsam genug von den Streitereien um das Mietrecht. Ich glaube einfach, dass unsere Aufgabe, und das war sehr oft die Aufgabe des Ständerates, darin besteht, der Suche nach einem Konsens noch eine letzte Chance zu geben. Wenn wir den Eindruck haben, dass wir im Konsens oder im halben Konsens eine Lösung finden können, dann sollten wir diesem noch eine Chance geben, auch wenn wir schon lange und viel darüber beraten haben. Leisten wir doch diesen zusätzlichen Effort, und behandeln wir das heute Nachmittag nochmals! Was den Inhalt betrifft, habe ich nur meine persönliche Meinung geäussert, das ist klar. Wenn Sie den ganzen Fächer neu öffnen wollen, dann sind Sie willkommen. Ich bin nicht sicher, ob das bei den übrigen Kommissionsmitgliedern auf sehr viel Begeisterung stossen würde.

Das ist der Grund, warum ich diesem Ordnungsantrag gegenüber offen bin.

**Präsident** (Stöckli Hans, Präsident): Herr Germann hält an seinem Antrag, den Ordnungsantrag Sommaruga Carlo abzulehnen, fest. Herr Bundesrat Parmelin verzichtet traditionsgemäss auf das Wort.

### Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Sommaruga Carlo ... 35 Stimmen

Dagegen ... 7 Stimmen

(0 Enthaltungen)

**Präsident** (Stöckli Hans, Präsident): Damit werden wir auch dieses Geschäft noch heute Nachmittag behandeln.